

## Strafverfahren gegen Othmar Reichmuth



Der Schwyzer Baudirektor Othmar Reichmuth. Bild: PD

### **Kanton Die Schwyzer Justiz ermittelt gegen Regierungsrat und Baudirektor Othmar Reichmuth. Es geht um eine Entsorgung im Leewasser.**

Vor viereinhalb Jahren wurde auf mutmasslich illegale Weise kontaminierter Schlamm aus dem Föhnhafen in Brunnen im See verfrachtet. Nun ermittelt die Schwyzer Staatsanwaltschaft gegen Regierungsrat Othmar Reichmuth. Aber auch gegen den ehemaligen Schiffsinspektor, der den Fall ins Rollen gebracht hatte, läuft ebenfalls ein Strafverfahren.

Eine Baufirma baggerte 2014 rund 6000 Kubikmeter verunreinigten Seegrund aus und warf das Material über die Hafenkante. Im Zentrum steht nun die Frage, wer die Verantwortung für die Beseitigung des Materials trägt. Es laufe eine Untersuchung gegen ihn und einen ehemaligen Mitarbeiter, ob in der Sache ein Straftatbestand vorliege, sagte Reichmuth auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA.

Im Fall geht es um Verstösse gegen das Umweltschutz-, das Gewässerschutz-, das Planungs- und Baugesetz sowie um Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung im Amt.

Die beiden Kantonsräte Walter Duss (SVP) und Dominik Zehnder (FDP) reichten im Juni 2017 eine parlamentarische Anfrage ein. Sie forderten Aufklärung über die Hintergründe. Man wolle dem laufenden Verfahren nicht vorgehen, antwortete der Regierungsrat. Ein Gesuch, die Strafuntersuchung an einen ausserordentlichen Staatsanwalt zu übertragen, wurde im April 2017 von Oberstaatsanwältin Carla Contratto abgelehnt. Die Politiker Duss und Zehnder wollen den Druck aufrechterhalten und damit verhindern, dass die Affäre ebenso entsorgt wird wie der kontaminierte Schlamm. (sda/see) 3

# Strafverfahren gegen Othmar Reichmuth

**Kanton** In der Affäre um möglicherweise illegal deponierten Seegrund vor Brunnen führt die Staatsanwaltschaft Innerschwyz gegen Baudirektor Othmar Reichmuth (CVP) ein Strafverfahren. Im Zentrum steht die Frage, wer die Verantwortung für die Beseitigung des Materials trägt. Es laufe eine Untersuchung gegen ihn und einen ehemaligen Mitarbeiter, ob in der Sache ein Straftatbestand vorliege, sagte Reichmuth auf Anfrage der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Er bestätigte eine Meldung der «Neuen Zürcher Zeitung» vom Samstag. Mittlerweile läuft laut der Zeitung nicht nur gegen Regierungsrat Reichmuth ein Strafverfahren, sondern auch gegen den ehemaligen Schiffsinspektor.

## Ausgebaggert und an tieferer Stelle deponiert

Laut der Zeitung geht es um Verstösse gegen das Umweltschutz-, das Gewässerschutz-, das Planungs- und Baugesetz sowie um Amtsmissbrauch und Urkundenfälschung im Amt (der «Bote» berichtete). Der Vorfall geht auf das Jahr 2014 zurück. Damals soll der Kanton Schwyz beim Föhnhafen in Brunnen im Vierwaldstättersee zugunsten der Schifffahrt 6000 Kubikmeter Seegrund ausgebaggert und an tieferer Stelle deponiert haben. Weil das Material belastet war, hätte es möglicherweise auf eine Deponie gehört. 2017 wurde publik, dass die Schwyzer Oberstaatsanwaltschaft ermittelte, wer für den Fall zuständig ist. Mittlerweile liegt das Dossier bei der Staatsanwaltschaft Innerschwyz. Für die involvierten Personen gilt die Unschuldsvermutung.

Bote der Urschweiz, 05.11.2018

## Mit Schadstoffen belastet

Der Zeitung zufolge war der Seegrund beim Föhnhafen auf Bitte der Schifffahrtsgesellschaft Vierwaldstättersee ausgebaggert worden. Diese legt mit ihren Schiffen bei Föhnstürmen jeweils an der geschützten Stelle an. Die SGV habe eine ungenügende Fahrrinntiefe und das Aufwirbeln von Sedimenten als Gefahr für ihre Raddampfer moniert.

Insgesamt seien rund 6000 Kubikmeter Seegrund ausgebaggert und jenseits der Hafenkante in tiefere Teile des Sees gekippt worden. Gemäss vorgängigen Proben sei der Untergrund teils mit Schadstoffen über einzelnen Grenz- und Toleranzwerten belastet gewesen. Laut dem Medienbericht kostete die Umlagerung im See rund 58 000 Franken. Aushub und Entsorgung hingegen waren vorgängig auf rund eine Million Franken geschätzt worden. (sda/see)